

wirtschaftsinfo 53

von: Marcus Schwarzbach, 16.03.2018

Selten äußern sich Unternehmensvertreter so offen zu den Folgen der Digitalisierung: „Wir werden nicht alle Mitarbeiter mitnehmen können“, drohen Personalvorstände aus DAX-Unternehmen in einem Positionspapier. Die Beschäftigten sehen die Entwicklungen mit Sorge und haben zunehmend Angst um ihre Arbeitsplätze. Mehr als jeder dritte Arbeitnehmer fürchtet den Wegfall von Arbeitsplätzen, meldet der aktuelle BKK-Gesundheitsreport. Nur etwa jeder Sechste sieht dagegen in der Digitalisierung einen Jobmotor.

Die Entwicklung ist aber vielschichtig – auch Mehrarbeit kann eine Folge neuer Technik sein. Zusätzlicher Arbeitsdruck wird in den Krankenhäusern durch die Digitalisierung erzeugt, so das Ergebnis einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung. Von verbesserter Kommunikation durch elektronische Patientenakten und Tablets könne keine Rede sein, ergab die Befragung von mehr als 600 Klinikbeschäftigten. Ein Drittel der Befragten gab an, dass die Digitalisierung ihrer Arbeit nicht zu Entlastung, sondern teilweise zu doppelter Arbeit führe. Die Folge ist eine deutliche Arbeitsverdichtung: Ein Drittel der Befragten beklagt mehr Hetze und Leistungsdruck, die Mehrheit muss öfter mehrere Aufgaben parallel erledigen. Je ein Viertel fühlt sich bei der Arbeit häufiger gestört und am Arbeitsplatz stärker kontrolliert.

Neue Technik wird zunehmend in den Betrieben eingesetzt. Trotzdem fehlt eine Diskussion, warum und wie diese Neuerungen umgesetzt werden sollen. „Alles, was digitalisiert werden kann, wird digitalisiert. Und alles, was vernetzt werden kann, wird vernetzt“, betont Telekom-Chef Timotheus Höttges. Die Frage nach dem Nutzen für die Gesellschaft wird vom Unternehmensboss gar nicht gestellt. Eine Debatte dazu wollen die Unternehmen vermeiden. Sie schieben gerne Sachzwang-Argumente vor – für die Beschäftigten geht es jedoch um die Gestaltung der digitalen Arbeitswelt. Und um die Arbeit der Zukunft. Diese Publikation soll Anstöße für Diskussionen geben, wie die Digitalisierung im Interesse der Beschäftigten gestaltet werden kann.